



Norddeutscher Rundfunk
stellvertretende Intendantin Frau Lütke

ZDF-Landesstudio Niedersachsen
Studiosleiter Herr Peter Kunz

27.08.2026

Sehr geehrte Frau Lütke, sehr geehrter Herr Kunz,
liebe Redakteure, Journalisten und Programmgestalter,

im letzten Mahnwachenbrief fragten wir: **Ist das ÖRR oder kann das weg?**

Wir sind der Meinung: DAS kann weg – DAS, was der ÖRR zurzeit darstellt.

Einen ÖRR befürworten wir nach wie vor. Allerdings halten wir ihn nicht mehr aus sich heraus für reformierbar. Die Gründe sind so vielfältig wie die Themen, auf die wir in den Mahnwachenbriefen seit Jahren aufmerksam machen. Und auch dieser hier gehört dazu:

Eine der aktuellen Reformbestrebungen äußert sich in einem Medienrat, der zukünftig „unabhängig“ prüfen soll, ob der ÖRR seinem Auftrag nachkommt. Also eine zusätzliche Instanz, deren 6 Mitglieder zu gleichen Anteilen bestimmt werden von:

- den beiden bereits vorhandenen ÖRR-Gremien ZDF-Fernsehrat und Deutschlandradio-Hörfunkrat
- den Regierungschefs der Länder und
- der aus Mitgliedern der vorhandenen ÖRR-Aufsichtsgremien bestehenden Gremienvertreterkonferenz

Schwer nachvollziehbar, warum ein solches neues Gremium nun eine bessere Kontrolle zustande bringen soll als die doch genau für diese Aufgabe zuständigen Rundfunkräte.

Wir halten bereits die Medienstaatsverträge diese Thematik betreffend für nicht zielführend für einen ausgewogenen ÖRR. Die Gremien, die zu einem Drittel aus „Angehörigen verschiedener staatlicher Ebenen“ bestehen dürfen (begründet mit der gem. Grundgesetz geforderten Vielfalt bei der Besetzung der Gremien), sind außerdem besetzt von Vertretern unterschiedlicher Organisationen, Verbänden und NGOs, nicht selten durch Steuergelder gefördert und zudem politisch häufig alles andere als parteifern. Der „normale“ Bürger findet sich in dieser organisierten Zivilgesellschaft nur selten wieder.

Auch eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung aus dem Jahr 2025 bestätigt den zu hohen Einfluss der Politik in den Gremien. (<https://www.otto-brenner-stiftung.de/was-wir-tun/publikationen/im-oeffentlichen-auftrag/#c281>)

Programmbeschwerden könnten dazu dienen, Fehlleistungen aufzuzeigen, werden jedoch vorsortiert von denen, die das Programm verantworten und erreichen wegen komplizierter Beschwerdestrukturen nur zu sehr wenigen Prozent die Rundfunkräte, davon wird dann eine Zahl sehr nahe an Null auch anerkannt. Es gibt jetzt sogar Beschwerden vom ÖRR, dass Programmbeschwerden sehr stark zugenommen haben.

Bezüglich der Verwendung der Demokratieabgaben, aus denen sich der ÖRR finanziert, klingt immerhin beruhigend, wenn auf der ARD-Seite beteuert wird:

Einrichtungen und Beteiligungen der ARD

Die ARD verwendet Mittel so sparsam und effizient wie möglich. Dazu organisiert sie ihre Arbeit in gemeinsamen Einrichtungen und Beteiligungen, um das Angebot so kostengünstig wie möglich zu produzieren.

(<https://www.ard.de/die-ard/organisation-der-ard/das-ist-die-ard-100.html> Abruf 20.08.2026)

Das ist gut. Wobei: in unseren Augen gäbe es an der einen oder anderen Stelle sicher Einsparungspotential. Vielleicht sogar an der einen UND der anderen Stelle.

- Bei der Unternehmensstruktur mit einer kleinen Kettensäge:
 - ↳ weg mit allen Ebenen über denen, die sich mit Programmgestaltung, Programmproduktion und der dazu erforderlichen Verwaltung der Ressourcen befinden. Dann entfielen zukünftig auch die exorbitant hohen Pensionen der Intendanten.
 - ↳ weg mit Journalisten, Redakteuren und sonstigen Mitarbeitern, die sich zusammenfinden, um in Brandbriefen den Rausschmiss von Kollegen mit unerwünschter Meinung zu fordern. Zum einen ist die Finanzierung dieses menschlich schäbigen Verhaltens dem Beitragszahler nicht zuzumuten, zum anderen wäre die immer wieder bestrittene, aber durch diese Aktion offensichtlich gewordene große Unwucht in der politischen Orientierung der Mitarbeiter dann etwas kleiner.
- Beim Programm:
 - ↳ weg mit Nachrichtenformaten, in denen die Bestrebung, eine politische Partei an der Ausübung ihrer gesetzlichen Pflichten zu hindern, als „Demokratiefest“ bezeichnet wird.
 - ↳ weg mit politischen Talkshows, die zu keinem Zeitpunkt die Pflicht, alle politischen Strömungen des Landes gemäß deren Anteil in der Bevölkerung abzubilden, erfüllen.
 - ↳ weg mit teuren Unterhaltungsformaten, die als Satire getarnt den Beitragszahler für seine eigene Diffamierung zahlen lassen.
 - ↳ Weg mit der Doppelmoral, die ein erkleckliches Sümmchen der Beitragsgelder in einen Film steckt, der ehemalige Zugpferde (pardon: natürlich Zughengst!) jetzt endlich ihres Fehlverhaltens schuldig spricht und gleichzeitig mit eigenen Formaten und überaus wohlwollend über Paraden halb- bis ganznackter Fetischträger in Politikerbegleitung zur Frühsexualisierung beiträgt – bei marginalisierender Berichterstattung über Massenvergewaltigungen.

Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, ein Einsparen an diesen und anderen Stellen würde auch keine ausreichende Reform darstellen.

Für sinnvoller erachten wir ein komplett neues Konzept, als Teil der Daseinsvorsorge steuerfinanziert - auf deutlich niedrigerem Level, auch die gut 190 Millionen Euro, die der Beitragsservice im letzten Jahr laut Jahresbericht gekostet hat, würden so eingespart. Konzentration auf das Wesentliche (Information), Kontrolle des Programms ohne politischen Einfluss. Alles darüber Hinausgehende kann gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt werden.



Kritische Medienleute und ehemalige ÖRR-Mitarbeiter steuern ihre Ideen bei in Interviews, Blogs und Büchern.

Aus unseren Reihen hierzu eine erste Skizze:

Der ÖRR könnte ein Portal, ähnlich zu YouTube zur Verfügung stellen. Dort können sie einen eigenen Kanal haben, aber dort sollten sich auch nach KLAREN und TRANSPARENZEN Richtlinien, andere Medienvertreter registrieren können, um so Informationsvielfalt zu gewährleisten. Da würde dann ein Ben ungeskripted genauso vertreten sein können, wie Apollo-News, aber auch die TAZ usw.

Diese Kanäle könnte man sicher auch im Fernsehen verfügbar machen. Dann hätte man ein News-/Infoportal und eine Mediathek in einem...

Die Infrastruktur würde steuerfinanziert sein, ansonsten das Finanzierungsmodell von YouTube - d.h. Content mit Werbung, mit Zahlung ohne Werbung und Kanalmitgliedschaft für Premium -AddOns.

Sachinformationen könnten ja grundsätzlich für alle Kanalbetreiber nicht monetarisierbar (also ohne Werbung) sein, somit ist dem Staatsauftrag gedient.

Wir wissen, dass unsere Vorstellungen weit von den Ihren entfernt sind, sind aber nicht bereit, die derzeitige Lage unwidersprochen hinzunehmen. Im Gegenteil sind wir als Finanziers des ÖRR bereit, uns einzubringen. Die Länge dieses Briefes möge als Beleg unserer ernsthaften Beschäftigung mit dem Thema Medien und insbesondere dem ÖRR dienen.

Wir verstehen uns als eine der vielen unterschiedlichen Stimmen, die gegen ein Weiter-So beim ÖRR argumentieren. Grundlegende Änderungen sind unserer Meinung nach nur durch einen Neuaufbau des ÖRR zu erreichen. Wir fordern EHRliche MEDIEN, denn auch eine halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge.

Für das Anliegen eines ausgewogenen und kritischen ÖRRs, der sich für die Freiheit von Information und Meinung sowie eine vielfältige Debattenkultur einsetzt, steht unsere Initiative auch weiterhin vor dem Funkhaus des NDR, um mit Bürgern und Journalisten ins Gespräch zu kommen.

Freiheitliche und friedliche Grüße

im Namen von **Wir fordern EHRliche MEDIEN**

Cornelia Weituschat

Werner Blumenreuter

PS: Gern geben wir auch immer mal wieder Hinweise auf Veranstaltungen mit gesellschaftlicher Relevanz. Wie wäre es zum Beispiel mit einem kleinen Bericht über die am kommenden Samstag, 29.08.26 ab 14 Uhr auf dem Georgsplatz hier in Hannover stattfindende Friedensdemo? Ausgerichtet von der Partei die Basis werden dort Menschen ihre Stimmen für den Frieden erheben.